

V. Einigungsbestrebungen im europäischen Konflikt zwischen Mitteleuropa und Donauföderation 1931–1933

1. Die vollendete Instrumentalisierung der deutschen Europa-Verbände durch wirtschaftliche Interessen und amtliche Politik

Die finanziellen Engpässe, die die Deutsche Gruppe des MWT seit ihrer Gründung beklagte, wurden durch das Interesse des DIHT und durch den Beitritt bedeutender Banken ebenso wenig behoben wie durch das gesteigerte Interesse der amtlichen Politik, das sich in der Übernahme des Ehrenvorsitzes bei der Breslauer Tagung durch Curtius und in der Teilnahme weiterer Minister ausdrückte. Noch im August 1930 berichtete die Deutsche Gesandtschaft Wien von dem Vorhaben Tilgners, die Leitung des dortigen – gegenüber Hantos von der Deutschen Gruppe unterstützten – Mitteleuropa-Instituts aufzugeben, „wenn von reichsdeutscher Seite nicht bald ein regeres Interesse, auch auf finanziellem Gebiete, an den Tag gelegt werde“. Lerchenfeld bat daraufhin „dringend, auf die in Frage kommenden deutschen Kreise, namentlich den Industrie- und Handelstag, in geeignet scheinender Weise einzuwirken, dem Mitteleuropa-Institut des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages in Wien nun endlich die in Aussicht gestellte finanzielle Beihilfe zukommen zu lassen. Dieses Opfer steht in keinem Verhältnis zu den Nachteilen, die mit einem Verschwinden des genannten Institutes verbunden wären“¹.

Auch vom RDI konnte die Deutsche Gruppe des MWT die nötige Unterstützung nicht erhalten², erhoffte sie dann aber vom Langnam-Verein, mit dem bereits im März 1929 Verhandlungen stattgefunden hatten, und zwar durch eine Beteiligung „mit einigen führenden Herren und mit entsprechenden finanziellen Zuschüssen“³. Daß diese Verhandlungen nach einer eineinhalbjährigen Karenzzeit Ende 1930 in wenigen Wochen zu einem Abschluß gebracht wurden und damit die Umgründung der Deutschen Gruppe des MWT – unter Beteiligung von RDI und DIHT, jedoch mit unbestrittener Dominanz des Langnam-Vereins – am 13. 2. 1931 vorbereitet hatten, war wohl kaum der regen Werbetätigkeit des MWT zuzuschreiben, sondern der anderweitig motivierten Interessenlage des Langnam-Vereins, die ihn zu raschem Handeln nötigte.

Von 1926 an hatten Schlenker und Hahn vom Langnam-Verein den Wirtschaftsausschuß, später auch den Reichswirtschaftsausschuß der DÖAG besetzt bzw. monopolisiert und damit weitgehend auch die Aktionen der DÖAG für das Reich bestimmt. 1930 hatten sie die Bildung eines Zollunion-Ausschusses betrieben, der zu

¹ Dt Ges Wien an AA, 14. 8. 1930, ZStA AA 44997, 1–2.

² Strencioch an AA, 8. 9. 1930, ZStA AA 44997, 4–5: „Die Bemühungen der Deutschen Gruppe, von anderer Seite finanzielle Unterstützung zu erlangen, sind bis jetzt leider fehlgeschlagen, nicht zuletzt wegen der Uninteressiertheit des Reichsverbandes der Deutschen Industrie“.

³ Protokoll der Vorstandssitzung der Dt Gruppe des MWT, 10. 5. 1929, ZStA AA 42995, 224–228.

gleichen Teilen von deutscher und österreichischer Seite besetzt werden sollte. Wie schon in der Satzungsfrage gaben auch diesmal Interessenunterschiede zwischen dem Langnam-Verein und der DÖAG-Zentrale zu Konflikten Anlaß, die jetzt zum Ausscheiden der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie aus der DÖAG führten.

Während Schlenker und Hahn noch in den letzten Monaten des Jahres 1930 auf sofortiges Zusammentreten dieses Ausschusses drängten – die Vorbereitungen der amtlichen Außenpolitik blieben wohl kaum verborgen –, versuchte der Vorsitzende der DÖAG, Emminger, eine Beteiligung auch des RDI und des DIHT zu erreichen und solange ein Zusammentreten des Ausschusses hinauszuzögern⁴. Eine solche Verbreiterung hätte, wie Emminger gehofft haben mag, die schwerindustriellen Interessen im Ausschuß womöglich neutralisieren können.

Zeitlich parallel zu diesen Auseinandersetzungen sah sich die Spitze des Langnam-Vereins, d. h. Schlenker und Hahn, nach einer anderen Organisation zur Durchsetzung und zu gleichzeitiger Verschleierung ihrer Mitteleuropa-Ambitionen um. Sie aktivierten im November 1930 die schon angeknüpften Kontakte zur Deutschen Gruppe des MWT, von deren Vorsitzendem Gothein angesichts einer angebotenen jährlichen Subvention von mindestens 30 000 M kaum Widerstand zu erwarten war⁵.

Den Bedenken Gotheins, „dass eine sofortige Kooptation sämtlicher von Düsseldorf vorgeschlagenen Herren, die gleichzeitig dem Reichswirtschaftsausschuss der Deutsch-Österreichischen Arbeitsgemeinschaft angehören, . . . in den südosteuropäischen Ländern unter Umständen missverstanden werden“ könnte, kam Schlenker mit der Zusage entgegen, den Beitritt „etappenweise“ zu vollziehen, ebenso auch dem Wunsch, die Wiener Zentrale nicht direkt, sondern über die Deutsche Gruppe zu unterstützen. Daß beide Vereinbarungen in der Folgezeit nicht eingehalten wurden, unterstreicht die Berechtigung der Einwände, die Siegert namens des DIHT gegen die von Gothein erzielten Verhandlungsergebnisse vorbrachte. Er betonte die Notwendigkeit, die Aufgaben der Deutschen Gruppe des MWT von denen des Reichswirtschaftsausschusses der DÖAG deutlich abzugrenzen, und fragte weiter, „ob von Düsseldorf auch Bedingungen in materieller Hinsicht, also in Bezug auf das Arbeitsprogramm“ gestellt worden seien, da er in diesem Falle Vorbehalte machen müßte. Es offenbart die Arglosigkeit, mit der die Deutsche Gruppe die Verhandlungen mit dem Langnam-Verein führte, wenn es im Protokoll lapidar heißt: „Die Frage wird verneint.“

Zuversichtlich teilte Gothein dem AA im Januar 1931 den erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen mit: „Krupps Schwager Herr v. Wilmowsky wird gleichberechtigter Vorsitzender mit mir werden; . . . Dr. Schlenker wird den Vorsitz im Arbeitsausschuß übernehmen usw., sodaß wir aus den Finanzsorgen wohl heraus-

⁴ ZStA DÖAG 115, 211 und 214–215.

⁵ Protokoll der Vorstandssitzung (28. 11. 1930) der Dt Gruppe des MWT, 1. 12. 1930, BA, NL Gothein 51, 71–74.

kommen und größere Aktivität entfalten werden.“⁶ Die offizielle Umgründung der Deutschen Gruppe des MWT, die erst zu diesem Zeitpunkt ins Vereinsregister eingetragen wurde, erfolgte in der Mitgliederversammlung am 13. 2. 1931. Dabei wurden eine Satzung verabschiedet⁷ und ein Präsidium, ein Vorstand sowie ein Arbeitsausschuß gebildet.

Indessen zeigt die Zusammensetzung des Präsidiums, daß RDI und DIHT dem Langnam-Verein das Feld nicht völlig überlassen wollten. Der bislang am MWT weithin desinteressierte RDI war immerhin durch Carl Duisberg, der DIHT durch Grund (IHK Breslau), Hamm (Präsidialmitglied des DIHT) und Toepffer (IHK Stettin) vertreten; unter den insgesamt zwölf Präsidialmitgliedern dominierten freilich Montan- und Schwerindustrie (Brennecke, Poensgen, Schlenker, Springorum) und die Landwirtschaft (v. Wilmowsky, v. Zitzewitz-Kottow). Von den exportorientierten Industrien waren Siemens (Winterfeld) und die IG Farben (durch den schon erwähnten Duisberg) beteiligt, Gothein stellte sich weiterhin als zweiter Vorsitzender neben Wilmowsky zur Verfügung.

Der weitere Vorstand zeigte ein ähnliches Bild; ihm gehörte u. a. auch Schlenkers Mitarbeiter Dr. Max Hahn an, der eine Schlüsselrolle bei der gänzlichen Funktionalisierung des Verbandes im Dienste des Langnam-Vereins spielte⁸. Als Unterausschüsse umfaßte der Arbeitsausschuß unter dem Vorsitz von Schlenker einen Handelspolitischen, einen Agrar- und einen Presse- und Propaganda-Ausschuß.

Gothein und Strencioch, die nach außen hin die Kontinuität der Organisation und ihrer Ziele demonstrieren sollten und darum in ihren Ämtern belassen worden waren, berichteten in einem Rundschreiben an die Mitglieder von den Bemühungen, die Landwirtschaft noch stärker an der Deutschen Gruppe zu beteiligen, und gaben schließlich der Erwartung Ausdruck, der organisatorische Ausbau werde „die Deutsche Gruppe in den Stand setzen, die durch das Deutsch-österreichische Abkommen eingeleitete Neuordnung der wirtschaftspolitischen Verhältnisse in Mitteleuropa unter Wahrung der deutschen Interessen praktisch zu fördern“⁹. Gleichwohl behinderten noch – trotz des Übergewichts schwerindustrieller Interessen in der Deutschen Gruppe – Interessendifferenzen zwischen den einzelnen Verbänden eine zielstrebige ‚Mitteleuropa‘-Arbeit der Organisation im Sinne des Langnam-Vereins.

Entgegen den von Schlenker und Hahn betriebenen Bemühungen, eine geschlossene ‚mitteleuropäische‘ Großraumwirtschaft zu errichten, schlug Toepffer (Repräsentant der Handelskammern) als Leiter der deutschen Delegation bei der Mitteleuropäischen Wirtschaftstagung in Wien am 18. und 19. März 1931 vor, „den Weg zur Lösung der Krise nicht in Präferenzzöllen und Kontingenten, sondern im all-

⁶ Gothein an AA, 24. 1. 1931, ZStA AA 42997, 47.

⁷ „Name und Zweck: Der Verein ‚Mitteleuropäischer Wirtschaftstag, Deutsche Gruppe‘, ist eine Vereinigung zur Förderung der wirtschaftlichen Verständigung zwischen Deutschland und den anderen mitteleuropäischen Ländern“.

⁸ Ergebnis der Umgründung: ZStA AA 42997, 77–83 und BA, NL Gothein 52, 17–31.

⁹ Rundschreiben, 31. 3. 1931, ZStA AA 42997, 77–83.

gemeinen Abbau der Zölle in den Agrarstaaten und in dem Zusammenschluss zu grösseren Wirtschaftseinheiten“ zu suchen¹⁰.

Schon vor der Veröffentlichung des Zollunionsprojektes hatten die Vertreter des DIHT gemahnt, zumindest aus optischen Gründen den Zollunionsausschuß der DÖAG (noch) nicht einzuberufen, denn die Reichsregierung habe, wie man in Wien treffend formulierte, „in Genf einen schweren Stand, den man durch das Abbrennen einer Zollvereinsrakete hinter dem Rücken des Ministers Curtius nicht unnötig erschweren sollte“¹¹. Schlenker und Hahn drängten jedoch wiederholt, den Zollunionsausschuß der DÖAG arbeiten zu lassen und auf etwaige Bedenken in den Spitzenverbänden keinerlei Rücksicht zu nehmen, ja sie schlugen schließlich vor, auf die Beteiligung Hamms vom DIHT einfach zu verzichten, „da er aus Prestigegründen offenbar den Ausschuß zerschlagen will“¹². Sie betonten auch, daß der Ausschuß nicht die Aufgabe habe, Spannungen zwischen einzelnen Wirtschaftsgruppen auszugleichen¹³.

Als die Vereinbarungen des Langnam-Vereins mit der Deutschen Gruppe des MWT unter Dach und Fach waren und die Gruppe nach den Vorstellungen der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie umgebildet war, zeigten Schlenker und Hahn weder am Zollunionsausschuß noch an der DÖAG selbst weiter Interesse, da deren Aufgaben durch die Ereignisse überholt seien¹⁴. Die Motive des Langnam-Vereins lagen dabei nicht nur in der Bekanntgabe des Zollunionsprojektes. Vielmehr stand nun dem Verein in der Deutschen Gruppe des MWT eine Organisation zur Verfügung, die für die über Österreich hinausgehenden ‚mitteleuropäischen‘ Ambitionen der Schwerindustrie einen Deckmantel abgeben konnte; Schlenker und Hahn hatten schon lange zuvor darauf hingewiesen, daß ein wirtschaftlicher Anschluß Österreichs nur einen ersten Schritt in Richtung ‚Mitteleuropa‘ bedeuten würde¹⁵. Die DÖAG verlor durch das Ausscheiden des Langnam-Vereins viel von ihrer Bedeutung, die nach Südosteuropa gerichtete Wirtschaftspolitik lag von nun an beim MWT. Eine Fusion mit dem MWT lehnte die DÖAG trotz ihres Substanzverlustes „in beiderseitigem Interesse“ ab, denn „von der norddeutschen Schwerindustrie bekomme man nichts und wolle man auch nichts“¹⁶.

Die für die Deutsche Gruppe des MWT getroffene Regelung, den Vorsitz neben

¹⁰ Dt Ges Wien an AA, 28. 3. 1931, ZStA AA 42997, 84–85.

¹¹ ÖDAG an DÖAG, 17. 1. 1931, ZStA DÖAG 115, 180; siehe auch: 216–217 und 146–147.

¹² Hahn an DÖAG, 29. 1. und 30. 1. 1931, ZStA DÖAG 115, 214–215 und 211.

¹³ Hahn an RDI, 30. 1. 1931, ZStA DÖAG 115, 212–213.

¹⁴ Schlenker/Hahn an DÖAG, 16. 4. 1931, ZStA DÖAG 115, 234–235.

¹⁵ So etwa Hahn in einem Referat auf der Jahresversammlung der DÖAG für Rheinland-Westfalen, 8. 4. 1929: „Das Problem der deutsch-österreichischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit kann nur aus einem großen Rahmen herausgegriffen werden. Dieser Rahmen wird durch die Stellung bestimmt, die die österreichische Wirtschaft in den mitteleuropäischen Ländern einnimmt . . . Wenn Deutschland sich den notwendigen wirtschaftlichen Betätigungsspielraum in Mitteleuropa schaffen will, ist vielmehr als nächste und dringlichste Aufgabe die Herstellung einer möglichst engen Zusammenarbeit mit Deutsch-Oesterreich gegeben.“ ZStA DÖAG 15, 298–308.

¹⁶ MWT Wien an Gothein, 2. 6. 1931, BA NL Gothein 52, 95–96 Rs.

Gothein mit Wilmowsky zu besetzen, schien indes Schlenker nicht ausreichend, um die Organisation ganz unter die Kontrolle des Langnam-Vereins zu bringen. Als im Mai 1931 der Versuch mißlang, Schlenkers Mitarbeiter Hahn die alleinige Verantwortung in der (bis dahin noch mit Strencioch besetzten) Geschäftsführung zu übertragen, errichtete Hahn am 1. 8. 1931 in Berlin ein Büro mit der Bezeichnung „Zentralstelle für Mitteleuropa, Büro Dr. Hahn“. Weder RDI noch DIHT waren über Kompetenzen und Ziele des Büros informiert¹⁷. Obwohl nun Gothein wegen des Bruchs der Vereinbarungen durch Hahn verlangte, über die Art der Zusammenarbeit nochmals zu verhandeln, auch auf die Gefahr hin, „dass sich ein Zusammengehen mit dem Westen noch jetzt zerschlägt“, billigten die anderen Spitzenverbände am 11. 9. 1931 nachträglich die Hahnsche Bürogründung. Ihnen hatte Schlenker energisch erklärt, er hoffe, „daß damit die Entwicklung der ganzen mitteleuropäischen Arbeit in ein zielbewußtes, fruchtebringendes Fahrwasser gebracht wird. Ich glaube nicht daran zweifeln zu brauchen, daß in den nächsten Jahren auf dem Gebiet dieser Fragen große Entscheidungen fallen werden“¹⁸.

Selbst nachdem Schlenker den bisherigen Geschäftsführer Strencioch mit fragwürdigen Methoden doch noch verdrängt und Hahn als alleinigen Geschäftsführer eingesetzt hatte, stellte sich Gothein dem in seiner Ausrichtung stark gewandelten und zum bloßen Instrument wirtschaftlicher Interessenpolitik gewordenen Verband weiterhin zur Verfügung, so als Repräsentant des deutschen MWT bei der von Hantos in Brünn Ende 1931 veranstalteten Tagung.

Damit war es im Laufe eines Jahres gelungen, den ursprünglich auf dem Boden der Freihandelsidee entstandenen Verband massiven wirtschaftlichen Gruppeninteressen unterzuordnen, ohne daß sich nach außen hin auffällige Veränderungen ergeben hätten. Seine Aufgabe war, die „steigende wirtschaftliche Einkreisung Deutschlands nach außen“ zu durchbrechen und das Tor nach Osten und Südosten offenzuhalten¹⁹.

Zeitlich parallel zur Übernahme der Deutschen Gruppe des MWT durch den Langnam-Verein im Februar 1931 fand innerhalb der am Völkerbund orientierten Europa-Bewegung eine Entwicklung ihren Abschluß, die von der amtlichen Außenpolitik seit längerer Zeit eingeleitet und betrieben worden war. Das im Dezember 1927 nach langwierigen Vorbereitungen zustande gekommene Deutsche Kartell für europäische Annäherung war bereits 1928 wieder zerfallen, nachdem es auch in diesem Rahmen nicht gelungen war, die Differenzen zwischen dem VEV und Coudenhove-Kalergi beizulegen oder doch wenigstens zu neutralisieren. Die fortgesetzten Querelen veranlaßten das AA, intensiver als zuvor auf eine Fusion des VEV mit der Deutschen Liga für Völkerbund hinzuarbeiten. Selbst der sonst

¹⁷ „Exposé über den Gang der Verhandlungen mit dem Langnamen-Verein“, Aufzeichnung Gothein 1931, BA NL Gothein 51, 76–81. Dies ergänzt bzw. korrigiert die Ausführungen von Berndt, Wirtschaftliche Mitteleuropapläne, S. 236, Sohn-Rethel, Ökonomie und Klassenstruktur, S. 34–35 und Doering, Deutsch-österreichische Außenhandelsverflechtung, in: Industrielles System, S. 528.

¹⁸ Schlenker an Toepffer, 28. 7. 1931, BA NL Gothein 52, 117–118.

¹⁹ BA NL Gothein 53, 45–48.

dem VEV so wohlgesonnene Stresemann verlangte die „alsbaldige Begrabung des Kriegsbeiles“, denn die „amtliche Politik werde durch diesen unmöglichen Zustand schwerlich gefördert“²⁰. Weitere Mittel wollte das AA nur noch unter der Voraussetzung in Aussicht stellen, „dass im Hauptetat für 1929 nunmehr eine Etatisierung der Ausgaben des Verbandes für Europäische Verständigung erfolgt“²¹. Diese Tendenzen in der amtlichen Politik, durch die der VEV seine finanzielle Basis gefährdet sah, veranlaßten ihn, die während des Kartells angeknüpften Kontakte zum EZV zu intensivieren, was sich etwa in der zeitweiligen gemeinsamen Unterstützung der Zeitschrift „Europäische Wirtschaftsunion“ niederschlug, die von Christian Günther in Den Haag herausgegeben wurde.

Als dauerhafter erwies sich die enge Zusammenarbeit, die in nationalem Rahmen zwischen dem VEV und der Deutschen Liga für Völkerbund, analog dazu auf internationaler Ebene zwischen dem Bund für europäische Cooperation und dem Weltverband der Völkerbundsligen im Februar 1929 eingeleitet und im Mai 1929 auf einer Tagung in Madrid definitiv geregelt wurde²². Zwar blieb eine relative Eigenständigkeit des VEV bis 1930 noch erhalten, und das Europa-Memorandum Briands bot willkommenen Anlaß zu Selbstzufriedenheit über die geleistete Arbeit im Dienste der Verständigung²³. Doch mußte auch der VEV im Zuge der allgemeinen Haushaltskürzungen erhebliche Reduktionen seiner inzwischen im Rahmen der Beiträge für die Interparlamentarische Union gewährten Subvention hinnehmen. Da er seitens seiner Einzelmitglieder, geschweige denn von Spitzenverbänden der Wirtschaft, ausreichende Unterstützung nicht zu erwarten hatte, gliederte sich der VEV bzw. das Deutsche Comité für europäische Cooperation der Deutschen Liga für Völkerbund als Europa-Kommission ein. Gleichzeitig wurde der EZV zur Wirtschaftskommission der Liga²⁴. Diese Fusion fand ihre Parallele in entsprechenden Vereinbarungen zwischen den jeweiligen internationalen Dachorganisationen. Sie schien die Meinung des AA – und letztlich Stresemanns selbst – zu bestätigen, daß der inzwischen erreichten Entwicklung zur Universalität die selbständige Existenz kontinentaler und regionaler zwischenstaatlicher Organisationen nicht mehr entsprach. Ähnlich hatte Schücking bereits 1909 und 1924 gegenüber der europäischen Idee argumentiert.

Wenn sich Schücking und Stresemann dennoch zur Gründung bzw. Förderung des VEV entschlossen hatten, dann nur aus dem temporären Motiv, der Verständigung

²⁰ Aufzeichnung Köpke, 23. 4. 1928, PA, Ref Vbd, Allg B 2, Bd 4.

²¹ Aufzeichnung, 25. 10. 1928, PA, Ref Vbd, Allg B 2, Bd 4.

²² Heile an Vorstand des VEV, 19. 2. 1929, Dt Botsch Madrid an AA, 28. 5. 1929, PA, Ref Vbd, Allg B 2, Bd 5.

²³ So behauptete etwa Heile, „daß die angekündigte Versendung des offiziellen Fragebogens der französischen Regierung von unserem französischen Comité bei Briand angeregt worden ist“, ja sogar, „daß im Grunde der Locarnopakt seiner Anregung Herrn Reichsminister Stresemann gegenüber seine Entstehung verdanke“. Rundschreiben Heile, 23. 4. 1930 und Aufzeichnung Martius, 1. 10. 1930, PA, Ref Vbd, Allg B 2, Bd 5.

²⁴ Kirchhoff an AA, 22. 1. 1931 und Rundschreiben der Dt Liga, 17. 6. 1931, PA, Ref Vbd, Allg B 2, Bd 6; Kirchhoff an AA, 28. 2. 1931, PA, Ref Vbd, Allg B 1a-Allg, Bd 5, K 660483–86.

gungsbereitschaft republiktragender Schichten eine letztlich universal orientierte Organisation mit europäischem Vorzeichen zu bieten, um der kontinentalen (und für deutsche Begriffe anti-revisionistischen) Paneuropa-Idee den Boden zu entziehen. Die Eingliederung von VEV und EZV in die der Kontrolle durch die amtliche Politik sehr viel stärker unterworfenen Völkerbundsliga markiert zugleich die Schwäche der gesellschaftlichen Basis solcher ursprünglich selbständiger Initiativen. Die durch die amtliche Politik angestrebte Kontrolle und Monopolisierung der Verständigungsbewegung fand eine zeitliche und inhaltliche Parallele in der Instrumentalisierung des MWT durch die Wirtschaft.

Im Unterschied zur Anschluß- bzw. Mitteleuropa-Bewegung und zu den ab 1931 in der Völkerbundsliga zusammengefaßten Europa-Verbänden stieß die Paneuropa-Union Coudenhove-Kalergis bei Curtius und Brüning auf gesteigerte Ablehnung. Nachdem Reichspräsident Löbe im Dezember 1928 aus dem Vorstand der Paneuropäischen Union Deutschlands ausgeschieden war, hatte Coudenhove selbst die Führung der deutschen Sektion der PU übernommen²⁵. Zugleich hatte sich auch der programmatische Akzent der PU verschoben: Während Löbe, zugleich Vorsitzender des Österreichisch-Deutschen Volksbundes, es vermocht hatte, die deutsche Forderung nach dem Anschluß Österreichs mit internationaler Verständigungsbereitschaft in sich zu verbinden, steuerte Coudenhove einen Kurs, der auf die verstärkten Revisionsforderungen wie auf die besonderen Beziehungen Deutschlands zur Sowjetunion wenig Rücksicht nahm. Seine schon unter Stresemann kritisierte Haltung in der England-Frage hatte sich – bei manchen taktischen Modifizierungen – nicht grundlegend geändert. Im ganzen kam seine Stellung den revisionistischen Zielsetzungen Deutschlands so wenig entgegen, daß Bülow seine Empfehlung zu größter Zurückhaltung bei der Berliner Paneuropa-Tagung im Mai 1930 damit begründete, Coudenhove scheine „nach den hiesigen Beobachtungen in den letzten Jahren in steigendem Maße französische Tendenzen zu unterstützen“²⁶.

Neben den Vorwurf des Anti-Revisionismus traten Befürchtungen, die im März 1930 eingereichten Vorstellungen Coudenhoves von einem europäischen Staatenbund könnten dem außenpolitischen Interesse Deutschlands schaden: „Es ist ohne weiteres einleuchtend, dass der Völkerbund, dessen Schwergewicht in Europa liegt, dadurch ausgehöhlt und seiner Daseinsberechtigung ziemlich beraubt werden würde, eine Entwicklung, die nicht nur vom Standpunkt des Völkerbundes, sondern auch vom deutschen Standpunkt durchaus unerwünscht wäre. Eine Billigung oder Förderung der Ideen des Grafen Coudenhove liegt daher schon aus diesem Grunde nicht im deutschen Interesse.“²⁷

²⁵ Vossische Zeitung, 7. 12. 1928 und WTB Nr. 2185, 20. 12. 1928, PA, Ref Vbd, Allg B 3, Bd 2.

²⁶ „Aufzeichnung zur Tagung der Paneuropäischen Union in Berlin in der Zeit vom 17.–19. Mai d. J.“, 5. 5. 1930, PA, Ref Vbd, Allg B 3, Bd 2.

²⁷ Aufzeichnung 9. 3. 1930 zu Coudenhoves Entwurf eines europäischen Staatenbundes, PA, Ref Vbd, Allg B 3, Bd 2.

Die Ablehnung, die Coudenhove bei Brüning und Curtius erfuhr, ließ es ihm offenbar ratsam erscheinen, sich allmählich mehr auf die unter dem Eindruck der Krise und des Anwachsens nationalistischer Stimmen forcierten deutschen Revisionsforderungen einzustellen. So unternahm er im April 1931, während der internationalen Unruhe über den deutsch-österreichischen Zollunionsplan, den Versuch, die in Europa kollidierenden Interessen Frankreichs und Deutschlands auf Kosten außereuropäischer Gebiete zu befriedigen. „Als Appendix zu dem Pan-europa-Gedanken“ wollte er, so berichtete v. Weizsäcker, „eine gemeinsame Verwaltung der westafrikanischen Kolonialgebiete durch die europäischen Staaten bzw. eine gemeinsame Bewirtschaftung dieser Gebiete durch eine Reihe grosser europäischer Gesellschaften in Anregung bringen!“²⁸ Damit unterschätzte Coudenhove freilich Richtung und Dynamik des forcierten deutschen Revisionismus, dem Österreich und die Korrektur der Ostgrenzen vorläufig näher lagen. Dies gilt auch für seine Vorschläge zur Revision des Versailler Vertrages im Februar 1932. Unter dem Schlagwort „Zurück zu den vierzehn Punkten Wilsons!“ wollte er neben der Bereinigung der Kriegsschuldfrage, der Lösung des Reparationsproblems und der Regelung der Korridorfrage auch die Rückgabe von Kolonien an Deutschland betreiben; ferner solle hinter der „Kulisse“ des Völkerbunds eine europäische Armee geschaffen werden, „die, wenn überhaupt, nur gegen Rußland Verwendung finden dürfte“.

Als Gegenleistungen für Frankreichs Konzessionen solle Deutschland bieten: „z. B. Anerkennung des territorialen Status Quo im Osten nach erfolgter Regelung der Korridorfrage sowie Aufhebung des Berliner Vertrages und Herstellung einer gemeinsamen Front gegen Russland.“²⁹ Von den Prämissen der deutschen Politik aus ist es erklärlich, daß Coudenhoves Forderung einer „europäischen Solidarität gegen Rußland“ von Bülow ebenso heftig abgelehnt wurde wie sein Vorschlag zur Lösung der Korridorfrage³⁰.

Einen vorläufig letzten mißglückten Versuch zur Überwindung des deutsch-französischen Gegensatzes unternahm Coudenhove am Vorabend seines Basler Pan-europa-Kongresses im September 1932. In einem offenen Brief kritisierte er heftig den französischen Ministerpräsidenten Herriot, der die deutsche Forderung nach militärischer Gleichberechtigung rigoros abgelehnt habe³¹. Seine Intervention im Interesse deutscher Revisionsziele (gerade auf militärischem Gebiet), denen er durch den Vorschlag eines intereuropäischen Generalstabes die antifranzösische Tendenz nehmen wollte, veranlaßte zwar Herriot, den Ehrenvorsitz des Pan-europa-Kongresses kurzfristig wieder niederzulegen, brachte aber Coudenhove dennoch keine Sympathien seitens der Regierung von Papen ein³².

Die um 1931/32 vollzogene Schwenkung Coudenhoves zu den deutschen Revisions-

²⁸ Aufzeichnung Weizsäcker, 2. 4. 1931, PA, Ref Vbd, Allg B 3, Bd 2.

²⁹ Dt Ges Wien an AA, 24. 2. 1932, PA, Ref Vbd, Allg B 3, Bd 3.

³⁰ Bülow an Hoesch, 12. 5. 1932, ebda.

³¹ „Offener Brief“ in: Basler Nachrichten, 24./25. 9. 1932, PA, Ref Vbd, Allg B 3, Bd 3.

³² Coudenhove-Kalergi an v. Papen, 17. 8. 1932, ebda.

forderungen korrespondierte mit einer Stärkung des Führerprinzips in der von ihm neugegründeten „europäischen Partei“. „In Basel“ – so merkte Wilhelm Grotkopp kritisch an – „präsentierte sich die neue Partei sogleich in ihrem neuen Gewande, das sie in Anlehnung an Mussolinis und Hitlers Beispiel geschaffen hatte. Die jungen Kräfte der Partei trugen blaue Hemden und Blusen, die würdigeren Herren den paneuropäischen Einheitsschlips. Die ‚Sturmtrupps‘ der neuen Partei begrüßten begeistert ihren Führer, doch der Faschistengruß scheint noch nicht übernommen zu sein.“³³

Die Machtübernahme der Nationalsozialisten beendete die Tätigkeit der PU in Deutschland, deren Mitglieder sogar Repressalien bis hin zur „Schutzhaft“ ausgesetzt waren. Durch Coudenhoves Eintreten für deutsche Revisionsziele war das AA immerhin in der Lage, noch im Januar 1934 auf eine Eingabe eines wegen Korrespondenz mit der Paneuropa-Bewegung in „Schutzhaft“ genommenen Bürgers zu bestätigen, „dass in manchen Punkten die Paneuropa-Bewegung die aussenpolitischen Forderungen der Reichsregierung unterstützt . . . Vom aussenpolitischen Standpunkt kann daher in einer Förderung des Paneuropa-Gedankens nicht ohne weiteres eine Schädigung der deutschen Interessen gesehen werden“³⁴.

Dabei sollte freilich nicht verkannt werden, daß Coudenhove – bei aller Sympathie für Mussolinis italienischen Faschismus – dem deutschen Nationalsozialismus in erbitterter Feindschaft gegenüberstand. Sie gründete zunächst in der von ihm durchaus realistisch eingeschätzten antifranzösischen Haltung Hitlers, die die etwa von Robert Bosch gehegte Hoffnung auf eine von Daladier und Hitler gemeinsam getragene Zusammenarbeit als Vorstufe Paneuropas illusorisch machte³⁵, zunehmend und grundsätzlicher aber in der rassistischen Programmatik und Praxis des Nationalsozialismus; 1935 sah sich Coudenhove zur erneuten Ausgabe der von seinem Vater verfaßten Schrift „Das Wesen des Antisemitismus“³⁶ herausgefordert.

2. Ansätze und Scheitern von Einigungsbestrebungen im Donaauraum

Die Versuche zur Lösung der wesentlichen wirtschaftlichen und politischen Probleme Europas, wie etwa Öffnung und Erweiterung europäischer Märkte, Steigerung der Binnenkaufkraft, Ausgleich des Verhältnisses von Industrie- und Agrarstaaten, industrielle Entwicklung der Nachfolgestaaten, setzten in der Zeit um das Europa-Memorandum Briands verstärkt ein und reichten über die Konferenz von Stresa 1932 weit in die dreißiger Jahre hinein³⁷.

³³ Kölnische Zeitung, 8. 10. 1932, ebda.

³⁴ Vermerk 12. 1. 1934, PA, Ref Vbd, Allg B 3, Bd 3.

³⁵ Heuss, Robert Bosch, S. 659–660. Coudenhove verlor durch diesen Konflikt 1933 die moralische und finanzielle Unterstützung durch Bosch.

³⁶ Die gemeinsame Tätigkeit im ‚Verein zur Abwehr des Antisemitismus‘ verband Coudenhove seit langem mit Georg Gothein, der nach der Machtergreifung aus dem MWT ausgeschlossen wurde, BA NL Gothein 53, 156–157.

³⁷ Daß die Europa- bzw. Paneuropa-Frage auch im damaligen Sprachgebrauch nicht nur mit

Nach dem Scheitern des Zollunionsprojektes, mit dem die deutsche Politik das „Tor zum Balkan“, d. h. zu den Absatzmärkten und Rohstoffgebieten Südosteuropas offenhalten bzw. erweitern wollte, traten die internationalen Auseinandersetzungen um die wirtschaftliche Organisation der Donaustaaten in ein akutes Stadium.

Die über Österreich hinausgreifenden Absichten verdeutlichte das AA in den Tagen um die Bekanntgabe des Zollunionsplans. Im Hinblick auf die Mitteleuropäische Wirtschaftstagung im März 1931 in Wien betonte es, „dass es notwendig sei, dass Deutschland einstweilen im Hintergrund bleibe und dass man es den südosteuropäischen Staaten überlassen oder eventuell nahelegen solle, Deutschland ihrerseits Präferenzzölle oder eine Zollunion vorzuschlagen“³⁸. Der MWT versuchte daraufhin, diesem amtlichen Interesse – das dem der in die Deutsche Gruppe eingetretenen Wirtschaftskreise entsprach – in die Hände zu arbeiten. Während Gothein eine Propaganda-Aktion vorschlug, die die Staaten Südosteuropas zum Anschluß an die deutsch-österreichische Zollunion veranlassen sollte, wollte Tilgner den diskreteren Weg über die Schaffung von Landesgruppen des MWT in diesen Ländern gehen³⁹.

Nachdem die geplante Zollunion am Widerstand namentlich Frankreichs und der Tschechoslowakei gescheitert war, konnte die deutsche Außenpolitik in dieser Richtung zwar nicht sogleich wieder nach außen hin aktiv werden. Sie übte jedoch – soweit es möglich war – auf Österreich Druck aus, sich keiner Kombination ohne deutsche Beteiligung anzuschließen⁴⁰. Sie beobachtete weiterhin Ansätze zu Donauföderationsplänen⁴¹. Riedls Vorschlag, die vier europäischen Mächte Deutschland, Großbritannien, Italien, Frankreich sollten sich so bald wie möglich über eine „Neuordnung des gänzlich desorganisierten europäischen Wirtschaftsraumes“ einigen, wurde vom AA zwar positiv aufgenommen, doch war man sich in Berlin darüber im klaren, daß die bestehenden Interessengegensätze eine Einigung unwahrscheinlich werden ließen⁴². Angesichts der von Frankreich und Italien initiierten und unterstützten Bestrebungen, in Südosteuropa einen wirtschaftlichen Zusammenschluß zu erreichen, legte das AA die Maxime fest: „Unsere Politik wird darauf gerichtet bleiben müssen, unsere Bereitschaft zur Mitarbeit an der Sanierung Südosteuropas deutlich zu bekunden, aber an unserer Forderung, bei den wirtschaft-

den Jahren der „Verständigungspolitik“ vor der Krise, sondern vor allem mit den Krisen-jahren selbst in Verbindung gebracht wurde, geht auch aus den Registraturen des AA hervor: PA, Sonderreferat Wirtschaft: 18 Bände „Paneuropa-Bewegung“ umfassen die Jahre 1929 bis 1935 (mit Schwerpunkt 1931 und 1932); PA, Referat Völkerbund: 12 Bände „Paneuropa allgemein“ umfassen die Jahre 1929 bis 1935; ZStA AA: Von 15 Bänden „Wirtschaftlicher Donaubund“ aus den Jahren 1923 bis etwa 1935 befassen sich 12 mit dem Jahr 1932, ein weiterer behandelt die Konferenz von Stresa 1932.

³⁸ Dt Gruppe des MWT, Vertrauliche Mitteilung Nr. 3, 17. 3. 1931, BA NL Gothein 52, 53–54.

³⁹ Tilgner an Gothein, 7. 4. 1931, BA NL Gothein 52, 77–79 Rs.

⁴⁰ Aufzeichnung Curtius, 16. 9. 1931, ZStA AA 43000, 192.

⁴¹ AA an Dt Ges Prag, 12. 10. 1931 und Dt Ges Prag an AA, 20. 10. 1931, ZStA AA 43000, 203–206 und 208–211.

⁴² Dt Botsch Paris an AA, 10. 12. 1931, ZStA AA 43001, 75–76.

lichen Zusammenschlüssen in diesem Raum mit einbezogen zu werden, unbedingt festzuhalten.“⁴³

Ogleich man sich im AA bewußt war, daß ohne vorherige deutsch-französische Wirtschaftsverständigung ein Interessenausgleich in Südosteuropa nicht möglich sein würde, führten die im Herbst 1931 eingeleiteten Verhandlungen im Rahmen der amtlichen deutsch-französischen Wirtschaftskommission zwar zu Kontingentabkommen, jedoch zu keiner tragfähigen Basis für eine gemeinsame Politik gegenüber den anderen europäischen Staaten bzw. Märkten⁴⁴.

Daß Deutschlands Absichten bei einer Beteiligung im südosteuropäischen Raum nicht auf eine Integration gleichberechtigter Staaten, sondern auf ein Aufbrechen des Protektionismus mit dem Ziel einer Domination Deutschlands in diesem Raum hinausliefen, wird nicht erst durch die von Deutschland in den dreißiger Jahren praktizierte Politik bestätigt. Dies geht bereits aus programmatischen Aussagen und Aktionen der Deutschen Gruppe des MWT hervor, der im Konzept der „Agrarkartellierung“ die Voraussetzung schuf, mit der die südosteuropäischen Staaten in ein System der Großraumwirtschaft eingegliedert werden konnten⁴⁵.

Als Reaktion auf den deutsch-österreichischen Vorstoß entwickelte der französische Minister Tardieu den Plan für ein Präferenzsystem der Donaustaaten. Dieser „Tardieu-Plan“ stand trotz des aktuellen, politisch motivierten Anlasses in einer längerfristigen Linie von Projekten und Konferenzen, die zur Lösung der Strukturkrise im Donauraum beitragen wollten. Ihm waren seit 1929 die Agrarkonferenzen von Warschau und Sinaia vorangegangen; auch die von Hantos seit der Mitte der zwanziger Jahre angeregten Donauföderationspläne zählen zu diesen Versuchen. Nach den Vorstellungen Tardieus sollten Österreich, Ungarn und die Tschechoslowakei, daneben auch Rumänien und Jugoslawien sich gegenseitig Präferenzen gewähren. Darüber hinaus waren die europäischen Großmächte Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien zu Zollerleichterungen gegenüber den genannten Staaten aufgefordert⁴⁶. Auf der Londoner Viermächte-Konferenz im Frühjahr 1932 zeigte sich jedoch, daß die Interessendifferenzen zwischen Deutschland und den anderen Mächten nicht überbrückbar waren⁴⁷; die Verhandlungen wurden daraufhin vertagt.

Ähnlich erfolglos blieb auch die Konferenz von Stresa, an der im September 1932 neben allen Donaustaaten auch Frankreich, England, Deutschland, Italien, Polen,

⁴³ Aufzeichnung 4. 2. 1932, ZStA AA 43002, 109–111.

⁴⁴ In einer „Stellungnahme zu den Donauföderationsplänen vom politischen Gesichtspunkt aus“ notierte Bülow am 9. 12. 1931, die Verwirklichung eines mitteleuropäischen Zollbündnisses werde „erst die Folge jener langen und mühseligen Verhandlungen sein, die um eine deutsch-französische Wirtschaftsverständigung geführt werden“, ZStA AA 43001, 87–89.

⁴⁵ Vgl. dazu Doering, Deutsch-österreichische Außenhandelsverflechtung, in: Industrielles System, bes. S. 528–530; Sohn-Rethel, Ökonomie, bes. S. 20–21 und 78–89. Zur Problematik der Großraumwirtschaft: Milward, Der deutsche Handel, in: Industrielles System, S. 472 bis 484.

⁴⁶ Kühl, Föderationspläne, S. 64–68.

⁴⁷ Auch Verständigungsversuche zwischen deutschen und französischen Wirtschaftsvertretern

die Niederlande und Griechenland teilnahmen. Die deutsche Forderung nach besonderen Beziehungen, etwa über Präferenzen, zu den südosteuropäischen Agrarstaaten verhinderte wiederum eine gemeinsame Aktion zur Sanierung der wirtschaftlichen Probleme in jenem Raum. Aufgrund dieses Gegenzuges Deutschlands, auch eine Reaktion auf den Widerstand Frankreichs in der Zollunionsfrage 1931, blieb auch diese letzte internationale Konferenz vor dem Machtantritt des Nationalsozialismus ohne Ergebnis. Die Außenpolitik der Weimarer Republik hatte so den Zugang nach Südosteuropa offengehalten, dessen sich die nationalsozialistische Politik dann zielstrebig bediente⁴⁸.

aus dem Kreise des ehemaligen Mayrisch-Komitees blieben 1932/33 ohne erkennbare politische Wirkung. Bariéty/Bloch, *Une tentative de reconciliation*, pp. 463–465.

⁴⁸ Vgl. auch Bariéty, *Idée européenne*, p. 584.